

NW am 7.03. 2012

Briefe an die Lokalredaktion

Geht um vereinten Nationalpark

■ **Betrifft: Stellungnahme der Arbeitsgruppe „Naturschutz mit Augenmaß!“ der FDP in Ostwestfalen-Lippe zum aktuellen Stand der Diskussion über den geplanten Nationalpark.**

Insbesondere Grüne Politiker haben von Beginn der Diskussion an, immer wieder den Eindruck erweckt, als sei eine breite Öffentlichkeit in der Region für einen Nationalpark. Inzwischen zeigt sich, dass es sich hierbei offenbar um eine grandiose Fehleinschätzung gehandelt hat. (. . .),

Hier bestand eine krasse Diskrepanz zwischen der „veröffentlichten“ Meinung und der „öffentlichen“ Meinung. Aus Sicht der FDP steht fest, dass es eine Mehrheit gegen einen Nationalpark gibt.

(. . .) In dem als Faktencheck bezeichneten Informationsflyer „Nationalpark Senne jetzt!“ macht die SPD im Kreis Paderborn erstaunliche Aussagen. Die SPD suggeriert hier, dass ein Nationalpark in der Senne isoliert von der Diskussion im Teuto-

burger Wald betrachtet werden kann. Das ist schlicht falsch. Es geht der Landesregierung um einen großen vereinten Nationalpark in OWL.

Darüberhinaus zitiert die SPD einen Landtagsbeschluss: „Es gilt jetzt der einstimmige Landtagsbeschluss von 1991, wonach bei Beendigung der militärischen Nutzung die Senne ein Nationalpark werden soll.“ Erstens ist dieser Landtagsbeschluss auf Basis der vorliegenden naturwissenschaftlichen Erkenntnisse in Frage zu stellen.

Und zweitens verkennt die SPD die aktuellen Realitäten. Ein Ende der militärischen Nutzung der Senne ist nicht absehbar. Sowohl das britische Militär als auch das Bundesverteidigungsministerium haben Interesse bekundet, die Senne nach Beendigung der britischen Präsenz vor Ort weiter militärisch zu nutzen. Dafür setzt sich die FDP weiter ein.

Weiter weist die SPD darauf hin, dass für den Fall der Beendigung der militärischen Nutzung erhebliche finanzielle Aufwendungen für den Erhalt des einzig-

artigen Naturerbes auf die Anrainerkommunen zukommen würden, wenn kein Nationalpark eingerichtet würde. Im Falle eines Nationalparks würde das Land NRW die Kosten tragen. Das ist geradezu zynisch und irreführend. Mittel des hochverschuldeten Landes NRW sind Steuermittel. (. . .)

Die SPD bezieht sich in dem Flyer auf die Vorgaben des Bundesnaturschutzgesetzes, nach denen die Prozessschutzzone eines Nationalparks Senne 51 Prozent der Fläche betragen müsste.

Wir empfehlen der SPD im Kreis Paderborn den aktuellen rot-grünen Koalitionsvertrag für das Land NRW zu lesen. Dort bekennt man sich zu internationalen Kriterien, wonach die Prozessschutzzone 75 Prozent der Fläche betragen soll. Das wäre in der Senne nur zum massiven Schaden der schützenswerten Natur umsetzbar.

Arbeitskreis „Naturschutz mit Augenmaß!“

Thorsten Baumgart
Rudi Lindemann
Ralph Gerdes
33189 Schlangen